

8
84

Union in Deutschland

Bonn, den 1. März 1984

Wir stoppen die Bürokratie

Das Bundeskabinett hat einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung beschlossen. Das Ziel: weniger Bürokratie, bürgernahe Verwaltung. Damit hat die Bundesregierung unter Helmut Kohl erneut bewiesen, daß sie Maßnahmen, die in der Regierungserklärung angekündigt wurden, auch zielstrebig in Angriff nimmt. Die CDU will, daß die Gesetze nicht gegen die Bürger, sondern zugunsten der Bürger angewendet werden.

Einige Schwerpunkte der Regierungsbeschlüsse:

— Der Bundesinnenminister wird noch vor Ostern ein Statistikbereinigungsgesetz vorlegen.

— Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau wird bis Ende 1985 ein neues Baugesetzbuch fertigstellen. Noch im Sommer werden 250 baurechtliche Normen auf 100 bis 120 reduziert.

— Im Rahmen der Initiativen des Bundeswirtschaftsministers hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Bereinigung wirtschaftsrechtlicher Vorschriften beschlossen und die Absicht des Bundeswirtschaftsministers gebilligt, die Verordnung zu erlassen. Der Bundeswirtschaftsminister wurde beauftragt, verschiedene Regelungen des Handels, wie zum Beispiel die Verordnung über Aus- und Räumungsverkäufe, Sommer- und Winterschlußverkäufe aufzuheben sowie das Rabattgesetz zu überprüfen.

■ EUROPA-KONGRESS

Unter dem Leitwort „Wachstum, neue Technik, Arbeit — Europa in den 80er Jahren“ fand am 27. Februar 1984 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ein vielbeachteter Fachkongreß der CDU statt. An der Veranstaltung nahmen Politiker, Wissenschaftler sowie Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen aus dem In- und Ausland teil. Einen ausführlichen Bericht finden Sie auf Seite 5 bis 8 dieser Ausgabe. Eine Dokumentation der Rednerbeiträge ist für UID 10/84 (grüner Teil) vorgesehen.

■ LEITANTRAG

Das Parteipräsidium hat am Montag, dem 27. Februar 1984, seine Arbeit am Leitantrag zur Wirtschaftspolitik für den Bundesparteitag vom 9. bis 11. Mai 1984 in Stuttgart abgeschlossen. Nach Beratung und Verabschiedung im Bundesvorstand am 12. März 1984 wird der Leitantrag in der nächsten Ausgabe des UID als Dokumentation, grüner Teil, veröffentlicht.

■ DOKUMENTATION

Jahreswirtschaftsbericht 1984 — Strategien zur Förderung des Wirtschaftswachstums und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
grüner Teil

Initiativen für die Entbürokratisierung – Zwischenbericht in Schwerpunkten

1. Baurecht

Gemäß Beschluß des Bundeskabinetts vom 22. Februar 1984 wird der Bundesbauminister ein neues Baugesetzbuch bis Ende 1985 vorlegen. Die Bundesregierung möchte erreichen, daß es noch in dieser Wahlperiode des Bundestages vom Parlament verabschiedet wird. Es ist die Streichung von einem Drittel bis zur Hälfte der heute geltenden Vorschriften vorgesehen.

Ferner soll noch in diesem Jahr ein Entwurf des Bauministers zur Vereinfachung des Wohnungsbaurechts im Bundeskabinett verabschiedet werden, wodurch alleine bei den Wohnungsbauförderungsämtern mehr als 500 000 Akten geschlossen werden können.

Außerdem soll die im Baurecht geltende Zahl von DIN-Normen drastisch reduziert werden. Der Bauminister arbeitet in all diesen Bereichen eng zusammen mit Ländern und Gemeinden.

2. Statistikbereinigung

Der Bundesinnenminister wird dem Bundeskabinett am 11. April 1984 ein Statistikbereinigungsgesetz vorlegen. Vorrangiges Ziel der Statistikbereinigung ist es, durch eine Vereinfachung der Erhebungen, durch Einschränkung der Befragungen auf das unumgängliche Maß und durch Verzicht auf Statistiken die befragten Bürger und die Wirtschaft zu entlasten.

Es werden jetzt rd. 400 Einzelstatistiken in ca. 70 Gesetzen, 25 Verordnungen und 15 Rechtsgrundlagen der EG überprüft.

3. Wirtschaftsrecht

Der Bundeswirtschaftsminister will mit einem Artikelgesetz zahlreiche Regelungen im Energie- und Wettbewerbsrecht sowie in der Wirtschaftsprüferordnung abbauen. Außerdem sind Vereinfachungen bei der Gewerbeordnung, beim Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und beim Rabattgesetz sowie im Außenwirtschaftsrecht vorgesehen.

Weitere Initiativen richten sich auf die Vereinfachung von EG-Vorschriften und auf die Möglichkeit von Entstaatlichungsmaßnahmen, z.B. Übertragung von heute behördlich durchgeführten Aufgaben auf freiberuflich Tätige.

4. Zusammenarbeit „Unabhängige Kommission“ und Ministerien

Gemäß Beschluß der Bundesregierung arbeiten die einzelnen Bundesministerien in allen diesen Aufgaben eng zusammen mit der von der Bundesregierung berufenen „Unabhängigen Kommission für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung“, in der Vertreter der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Rechtsprechung tätig sind.

Die Unabhängige Kommission hat zwei Aufgabenbereiche:

a) Die einzelnen Bundesministerien unterstützen, damit möglichst schnell effektive Entbürokratisierungsvorschläge vorgelegt werden können. Die Federführung liegt bei den zuständigen Ressorts.

b) In Querschnittsaufgaben und Grundsatzfragen der Rechtsgestaltung und Verwaltungsführung eigene Beschlußvorschläge an das Bundeskabinett vorbereiten.

Die gesamte Arbeit der Unabhängigen Kommission geschieht in engstem Zusammenwirken mit dem Bundesinnenmini-

sterium, wo auch die Geschäftsstelle der Kommission eingerichtet ist.

5. „Gesetzesbremse“

Auf Vorschlag der Unabhängigen Kommission hat sich das Bundeskabinett am 22. Februar 1984 mit der Aufgabe befaßt, beim Erlaß unabwendbar notwendiger neuer Vorschriften Gesichtspunkte der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung verstärkt zu beachten.

Das Kabinett einigte sich darauf, die Notwendigkeitsprüfung weiter zu intensivieren, und zwar im Fachressort und bei der Beteiligung des Innenministeriums und des Justizministeriums. Bei Meinungsverschiedenheiten soll sich die Konferenz der Staatssekretäre unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramtes verstärkt einschalten.

6. Weitere Ressort-Initiativen

Als nächste werden die Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesverkehrsminister Entbürokratisierungsvorschläge im Kabinett einbringen.

Inzwischen gibt es in den einzelnen Bundesministerien einen beauftragten Beamten, der für die Initiativen zur Entbürokratisierung die Federführung hat; alle zusammen koordinieren ihre Arbeiten in einer Arbeitsgruppe unter Leitung eines Vertreters des Bundesinnenministeriums.

7. Verwaltungsverfahren

Die Unabhängige Kommission wird sich bei ihren weiteren Initiativen besonders mit einer Vereinfachung der Verwaltungsverfahren befassen. Außerdem sollen die Auswirkungen der Verwaltungsrechtsprechung auf Rechtsetzung und Rechtsprechung geprüft werden. Ziele dabei sind:

- a) Beschleunigung von Verwaltungsverfahren.
- b) Abbau der Regelungsdichte.

8. Zusammenarbeit mit Ländern und Gemeinden

Alle Aufgaben für die Rechts- und Verwaltungsvereinfachung werden in enger Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wahrgenommen. Dabei ergeben sich auch konkrete Bitten seitens des Bundes an die anderen Gebietskörperschaften. Zum Beispiel hat die Unabhängige Kommission folgenden Beschluß im Hinblick auf Wirtschaftsförderung und Existenzneugründung gefaßt: Die Kommission fordert die kommunalen Spitzenverbände auf, bei den Städten, Gemeinden und Kreisen dafür einzutreten, zentrale Stellen für Beratung, Betreuung und Verwaltungsleistungen aus „einer Hand“ zu schaffen.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sagten entsprechende Initiativen zu. Sie werden dabei vom Deutschen Industrie- und Handelstag unterstützt.

9. Schwerpunktthema im Bundeskabinett

Bundeskanzler Helmut Kohl hat festgelegt, daß die aktuellen Aufgaben für die Entbürokratisierung als ein entscheidendes Schwerpunktthema der Bundespolitik auf der Grundlage konkreter Vorschläge der einzelnen Ressorts in den nächsten Monaten das Bundeskabinett regelmäßig beschäftigen sollen.

10. Werbung für unbürokratisches Handeln

Aller bisheriger Einsatz für Entbürokratisierung in Bund, Ländern und Gemeinden wie auch in der Wirtschaft hat gezeigt, daß Entbürokratisierung auch eine Frage der Mentalität ist. Alle Verantwortlichen müssen verstärkt und öffentlich werben und eintreten für unbürokratisches Verhalten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

■ BUNDESTAG

Richtige wirtschaftspolitische Entscheidungen der Regierung Kohl

Der Aufschwung ist da. Pessimismus und Schwarzmalerei, wie sie von der Opposition gerne gepflegt werden, sind widerlegt. Alle Gutachten und Daten zeigen, daß die Konjunktur angezogen hat, erklärte Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger in der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht (siehe auch grüner Teil).

Am 1. Oktober 1982 — zum Zeitpunkt des Regierungswechsels — sah alles völlig anders aus. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte alle Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes schwerwiegend und gleichzeitig verletzt. Es gab weder Wirtschaftswachstum noch Geldwertstabilität noch außenwirtschaftliches Gleichgewicht noch Vollbeschäftigung.

Heute sind drei der vier Ziele wieder zurückgewonnen. Das Wachstum hat auf breiter Front eingesetzt, und für 1984 wird ein Wachstum von mindestens 2,5 Prozent erwartet. Die Preissteigerungsrate liegt bei 3 Prozent.

Die Halbierung dieser Rate bedeutet ein Kaufkraftplus von rund 30 Mrd. DM für die Verbraucher. Die Leistungsbilanz ist nicht nur ausgeglichen, sondern sie weist für 1983 einen Überschuß von 8 Mrd. DM aus. Somit können wir für drei Ziele eine Wende nachweisen. Auch das vierte Ziel — nämlich die Umkehr der Arbeitslosenzahlen — weist selbst als konjunktureller Spätindikator erste Anzeichen der Besse-

rung auf. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit um 130 000 zurückgegangen.

Diese hoffnungsvolle Entwicklung darf jetzt nicht durch falsche Entscheidungen gefährdet werden. In der Tarifpolitik geht es in erster Linie nicht um die Verteilung des Mangels an Arbeit, sondern um die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Wer jetzt eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich fordert, der fällt im Wettbewerb zurück und muß auf der Strecke bleiben. Es gilt an den Bedürfnissen der Arbeitswelt orientieren und die die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden.

Hansheinz Hauser (Krefeld), Stellvertreter der Fraktionsvorsitzender, erklärte in der Debatte:

Die jüngsten Konjunkturzahlen zeigen den Auftrieb in überzeugender Weise:

- Die Exportkonjunktur läuft gut.
- Die Investitionsneigung ist weiter gewachsen.
- Das Wachstum erfolgt jetzt auf breiter Front und wird kräftiger.
- Die Erwartungen der Unternehmen sind wieder optimistisch.
- Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte macht weiter Fortschritte.
- Das Vertrauen in die Deutsche Mark beginnt wieder international zu wachsen.
- Die Arbeitslosigkeit geht nach Herausrechnung der saisonalen Faktoren endlich zurück.

Damit haben wir wieder sicheren Boden unter den Füßen. Allmählich wird sich die Gewißheit durchsetzen, daß durch neues Wachstum auch neue Arbeitsplätze entstehen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben durch Wachstum und mehr Leistung nur Vorteile. Deswegen sind alle Vorschläge, die die Leistungskraft unserer Volkswirtschaft schwächen, von Übel.

■ EUROPAKONGRESS

Nur moderne Technologie sichert unseren Lebensstandard in der Zukunft

30 Milliarden Mark muß die Wirtschaft in Europa jährlich aufwenden, um die Grenzen innerhalb der EG zu überwinden. Dies kritisierte vor dem Hintergrund der jüngsten Autobahnblockaden Generalsekretär Heiner Geißler auf dem Europakongreß der CDU am 27. Februar 1984 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Der Kongreß stand unter dem Leitwort „Wachstum, neue Technik, Arbeit — Europa in den achtziger Jahren“. An der Veranstaltung nahmen Politiker, Wissenschaftler sowie Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen aus dem In- und Ausland teil.

Wer in diesen Tagen eine Zeitung gelesen hat, wird über Europa — wenn überhaupt etwas berichtet wurde — nur negative Schlagzeilen gelesen haben. Butterberge, Milchseen, Probleme des Agrarmarktes und Finanzierungsschwierigkeiten sind scheinbar die einzigen Themen, die die europäische Politik bestimmen. Mit dieser Feststellung eröffnete Generalsekretär Heiner Geißler den Europakongreß „Wachstum, neue Technik, Arbeit — Europa in den 80er Jahren“ im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

Ich will nicht bestreiten, daß alle diese Themen wichtig sind. Selbstverständlich müssen diese Probleme gelöst werden, selbstverständlich brauchen wir eine Reform des europäischen Agrarmarktes. Aber ich habe den Eindruck, daß diese Probleme die Sicht auf die eigentlichen Herausforderungen verstellen, vor denen

Europa in den kommenden Jahren steht. Wir beschäftigen uns heute in Europa mehr mit europäischer Nabelschau als mit den Problemen, die weltweit auf uns zukommen.

Noch ist Europa einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Mit einem Anteil von 6,9 Prozent der Weltbevölkerung hat die EG 1981 23,5 Prozent des Weltwirtschaftssozialprodukts erwirtschaftet und fast ein Viertel des Welthandels abgewickelt. Die Länder der EG besitzen ca. ein Drittel aller Weltwährungsreserven. Diese Zahlen beweisen, daß Europa neben den USA die führende Wirtschaftsmacht dieser Welt ist.

Aber es gibt keine Garantie dafür, daß dies so bleiben muß. Im Gegenteil: Unsere wirtschaftliche Spitzenstellung ist heute von zwei Seiten bedroht. Auf der einen Seite durch Schwellen- und Entwicklungsländer, die zunehmend solche Produkte billiger herstellen, mit denen europäische Firmen bisher führend auf dem Weltmarkt vertreten waren.

Auf der anderen Seite wird unsere wirtschaftliche Spitzenstellung herausgefordert durch die mit uns konkurrierenden hochentwickelten Industrieländer, insbesondere den USA und Japan. In den 60er Jahren beschrieb der französische Journalist und Politiker Servan-Schreiber die „amerikanische Herausforderung“. Heute müßte man eigentlich ein neues Buch über die japanische Herausforderung schreiben. Beide Länder sind insbesondere bei der Herstellung technologischer Spitzenprodukte führend.

Der Anteil der Ausfuhr von technologisch fortschrittlichen Erzeugnissen an der Gesamtausfuhr von Fertigwaren lag 1963 in der EG bei 23 Prozent und erreichte 1981 rund 24 Prozent. Japan meldet für den gleichen Zeitraum einen Anstieg von 16 auf 38 Prozent. Die USA konnten ihren Exportanteil von 29 auf 33 Prozent steigern.

USA und Japan in der Mikroelektronik führend

Beim Handel mit Erzeugnissen der Spitzentechnologie liegen wir zwar noch in der vorderen Gruppe auf dem Weltmarkt, aber gemessen am Durchschnitt der OECD-Länder ging der EG-Anteil in der Zeit von 1963 bis 1981 von 100 auf 87 zurück, während der Anteil Japans von 72 auf 137 gestiegen ist. Unsere Schwächen auf dem Gebiet der Informationstechnologie sind unverkennbar: acht von zehn in Europa verkauften Computern kommen aus den USA, neun von zehn Videorecordern aus Japan. Von der Welterzeugung an integrierten Schaltkreisen kamen 1982 62 Prozent aus den USA, 31 aus Japan und nur 7 Prozent aus Europa. Der größte europäische Hersteller von integrierten Schaltkreisen liegt weltweit auf Platz 11 hinter acht amerikanischen und zwei japanischen Unternehmen. Möglicherweise wird das Milliardendollarspiel um die Mikrochips fast ausschließlich zwischen japanischen und amerikanischen Firmen gespielt, und das zum großen Teil auf dem europäischen Markt. Auch im Bereich der Biotechnologien, wo im Jahr 2000 ein Markt von 50 bis 100 Milliarden Dollar zu erwarten sein dürfte, kann Europa nur schwer das Tempo mithalten, das die Amerikaner und Japaner vorgeben. Zwischen 1975 und 1980 wurden weltweit fast 200 wichtige Patente im Bereich der Biotechnologien angemeldet. Hiervon kamen rund 20 aus der Gemeinschaft gegen 165 aus den USA und Japan.

Europa muß sich wieder auf seine Kraft besinnen

Diese Zahlen belegen, daß Europa in wichtigen Schlüsselindustrien, die für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung sind, ins Hintertreffen gerät. Europa hat aber nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die bestehenden Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn es auch in Zukunft technologische Spitzenprodukte herstellt. Europa muß sich auf seine Kräfte besinnen. Wir haben eine leistungsfähige Industrie, gut ausgebildete Arbeitnehmer, qualifizierte Wissenschaftler und anerkannte Forschungseinrichtungen. Ich habe daher keinen Zweifel daran, daß die Europäer die Herausforderung bestehen werden, wenn sie gemeinsam und entschlossen handeln.

① Wir werden die USA und Japan bei der Entwicklung von Mikroprozessoren und Halbleitern kaum noch einholen können. Unsere Chance besteht darin, daß wir die in aller Welt vorhandenen Erkenntnisse auf diesen zukunftsweisenden Gebieten noch stärker als bisher aufnehmen und in Verfahren und international wettbewerbsfähige Spitzenprodukte umsetzen.

② Dazu gehört einmal, daß wir die Vorteile nutzen, die uns der europäische Markt bietet. Dieser Markt ist größer als der der USA — wenn er endlich ein echter Binnenmarkt wird. Dann haben wir die Möglichkeit, für 270 Millionen Verbraucher zu forschen, zu investieren und zu produzieren. Dies gilt besonders für Produkte, die in großen Serien hergestellt werden können. Nationale Kartellbehörden verstehen die Herausforderungen der Zeit nicht richtig, wenn sie immer noch die Zusammenlegung von Industrieanlagen zu großen leistungsfähigen Wirtschaftseinheiten auf europäischer Ebene erschweren oder gar verhindern. Bestehende Hindernisse für den freien Güteraustausch, wie z. B. un-

terschiedliche Normen und Qualitätsstandards, müssen beseitigt werden. Wir vergeuden unsere Möglichkeiten, wenn die Grenzkontrollen den innergemeinschaftlichen Güterverkehr jährlich etwa 30 Milliarden Mark kosten. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Deshalb müssen wir zu mehr Kooperation und Vereinheitlichung im Fernsprech- und Telekommunikationsbereich sowie bei dem Verkehrssystem kommen. Damit Europa nach außen als wirtschaftliche Einheit auftreten kann, muß seine Einheit im Innern geschaffen werden. Deshalb brauchen wir den europäischen Binnenmarkt.

③ Dazu gehört, daß wir unsere gemeinsame Forschung in Europa verstärken. Mehr denn je beeinflußt die Forschung die wirtschaftliche Entwicklung und das Tempo des Fortschritts. Das Wissen vermehrt sich in einem ungeahnten Maße. In einigen Bereichen verdoppelt es sich praktisch alle drei bis vier Jahre. Forschungsergebnisse hängen nicht nur vom Zufall ab, sondern stehen in direktem Zusammenhang mit den Ausbildungssystemen und den Systemen der Forschungsförderung. Wir vergeuden deshalb unsere Mittel, wenn im EG-Haushalt nur 2,5 Prozent für gemeinschaftliche Forschung zur Verfügung stehen und gleichzeitig über 60 Prozent für die europäische Agrarpolitik ausgegeben werden.

Erste Ansätze einer gemeinsamen Forschungs- und Technologiepolitik zeigen, daß die Zusammenarbeit erfolgreich sein kann. Die europäische Raumfahrtbehörde ESA hat das Weltraumlabor „Spacelab“ und die Trägerrakete „Ariane“ entwickelt. Unternehmer aus fünf Ländern arbeiten gemeinsam an der erfolgreichen „Airbus“-Flugzeugproduktion und haben dazu beigetragen, daß die europäische Flugzeugindustrie auch weiterhin eine Chance hat. Das seit 1978 laufende JET-Programm

auf dem Gebiet der Kernfusion und das jetzt konzipierte ESPRIT-Programm auf dem Gebiet der „Informationstechnologien“ sollen den Anschluß Europas an die Weltspitze wiederherstellen.

Diese Ansätze einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik müssen ausgebaut werden. Nur wenn wir im Bereich der Forschung eine internationale Spitzenstellung behalten, eröffnen wir uns neue Exportmöglichkeiten und Märkte und bewahren und schaffen neue Arbeitsplätze.

Wenn wir unsere Möglichkeiten in Europa konsequent nutzen, haben wir eine reelle Chance, verlorenes Terrain wiederzugewinnen und unsere Spitzenstellung im internationalen Wettbewerb zu bewahren.

Über Technologiepolitik und Fortschritt in den USA und in Japan referierten Harold L. Ergott, Präsident der Mostek Corporation und Vizepräsident der United Technologies (USA), und Tonau Osatake, Professor an der Kogakuin-University in Tokio. Beide sprachen sich für eine engere Zusammenarbeit der Industrieländer in der Mikroelektronik und bei der Robotertechnik aus.

Riesenhuber: „Intelligente Köpfe“ gefragt

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber betonte, die Bundesrepublik Deutschland sei als Industrieland keineswegs zweitklassig. Durch Exporte würden 30 Prozent der Arbeitsplätze gesichert — in Japan im Vergleich nur 15 Prozent. Allerdings sei die Bundesrepublik Deutschland in der Mikroelektronik nicht schnell genug vorangekommen. Ein Rückstand sei auch in der Biotechnologie und bei der Materialforschung aufzuholen. Der Minister machte eine zu große Distanz zwischen Wissenschaft und Industrie für den Rückstand der deutschen Technologie verantwortlich. Nicht Kapital sei der knap-

pe Faktor in der Forschung, sondern „intelligente Köpfe“, die Ergebnisse der Grundlagenforschung zu verkäuflichen Produkten weiterentwickelten. Gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten gelte es, Anstrengungen zu unternehmen, um gegenüber den USA und Japan den Anschluß nicht zu verlieren.

EG-Kommissionsmitglied Karl-Heinz Narjes will das Innovationspotential in der EG vor allem durch stärkeres Vertrauen der Wirtschaft in den Erfolg des gemeinsamen Marktes mobilisieren. Narjes regte an, die Gemeinschaft solle ein Konsolidierungsprogramm bis zum 31. Dezember 1985 aufstellen, das die Vollendung des EG-Binnenmarktes und damit den vollständigen Abbau sämtlicher Grenzformalitäten für Güter, Kapital und Dienstleistungen vorsehen soll.

Zum Entzug von „Drogen“ in der Subventions- und Sozialpolitik und zur Förderung der „Klassenbesten“ forderte Prof. Norbert Walter vom Institut für Weltwirtschaft, Kiel, auf. Von den Unternehmern verlangte er größere Härte bei der Lohnpolitik. Prof. Gerhard Fels, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, sprach sich für eine Begrenzung der Subventionen und für die Beseitigung von Handelschranken in der Gemeinschaft aus: „Was not tut, ist eine marktwirtschaftliche Erneuerung auch in der Politik der Gemeinschaft. Wirtschaftliche Erholung sollte für eine Liberalisierung genutzt werden.“ Der Direktor des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institutes des DGB, Dr. Heinz Markmann, erklärte, ein „Europa ohne Arbeitnehmer und ohne Gewerkschaften könne es nicht geben“.

Notwendiger Modernisierungsprozeß könne nicht gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften vorangetrieben werden. Die Gewerkschaften vermißten Signale aus Europa. Man sei bereit, sich an einen Tisch zu setzen.

Der Rückstand und die Abhängigkeit Europas auf manchen Gebieten sei inzwischen alarmierend, meinte Dr. Horst Nasko, Vorstandsmitglied der Nixdorf-Computer AG.

- Nasko forderte unter anderem die
- Konzentration auf zukunftsträchtige Technologie und Techniken,
 - Abbau der Zollschranken und Handelshemmnisse zum Gemeinsamen Markt, vor allem aber eine stärkere Besinnung auf die eigene Kraft und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Wissmann: Handelshemmnisse beseitigen

Die Politik der Bundesregierung sollte nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Matthias Wissmann, auf die „Beseitigung von Handelshemmnissen aller Art“ innerhalb und außerhalb des gemeinsamen Marktes gerichtet sein. Der Obmann des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Technologie im Europaparlament, Bernhard Sälzer, wies darauf hin, daß ein Drittel aller derzeitigen Arbeitsplätze in der EG aufgrund ihrer Funktion oder Struktur in der weiteren Entwicklung von der Technologie abhängig ist.

Tagungspräsident Egon A. Klepsch, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, betonte abschließend, daß ein Rückstand Europas in Forschung und Technologie vermieden werden müsse; wo er bereits eingetreten sei, gelte es, ihn wettzumachen. Die wichtigste Aufgabe bleibe es daher, den gemeinsamen europäischen Markt zu festigen und auszubauen.

Einigkeit bestand darüber, daß Europa die technologische Herausforderung bestehen und damit die Chance nutzen kann, Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu erhalten.

INFORMATION

Schweizer Autobahngebühren: Rückschlag für Europa

Mit Bedauern und Enttäuschung hat Bundesverkehrsminister Werner Dollinger das Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz am 26. Februar 1984 über die Einführung von Straßenverkehrsabgaben für Personenkraftwagen und Lastkraftwagen zur Kenntnis genommen. Autobahngebühren für PKW und Schwerverkehrsabgaben für Lastkraftwagen auf den Transitwegen in Europa seien neue Barrieren und ein Rückschritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik und einem gemeinsamen Verkehrsmarkt.

Besorgt äußerte sich Dollinger über die Entwicklung verschiedener Formen nationaler Straßenverkehrsabgaben in Europa. Sie seien nicht geeignet, die europäische

Kanzler strikt gegen deutsche Autobahngebühren

Bundeskanzler Helmut Kohl hat alle Spekulationen über die Einführung einer Autobahngebühr auch in der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen. Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärte: „Für den Bundeskanzler kommt eine Autobahngebühr nicht in Frage.“

Kohl, so betonte Sudhoff, „denke nicht daran, dem Beispiel der Schweiz zu folgen“. Der Kanzler denke „europäisch“ und sei außerdem der Meinung, daß die Bürger ohnehin über Gebühr mit Steuern und Abgaben belastet seien.

Zusammenarbeit zu erleichtern und stellen einen Rückfall in Zeiten dar, als von den reisenden Kaufleuten beim Passieren der Grenzen Abgaben jeglicher Art gefordert worden seien. Wie wichtig für Wirtschaft und Bevölkerung schnelle, von Störungen freie und zuverlässige Verkehrsbedingungen seien, hätten die Ereignisse der vergangenen Tage erneut deutlich gemacht. Der Transitverkehr nach Süd- und Südosteuropa, der aufgrund der schwierigen topographischen Verhältnisse der alpenquerenden Verkehrsverbindungen ohnehin schwierig sei, werde durch derartige Abgaben, wie sie in Österreich zum Teil bereits bestehen und in der Schweiz nun eingeführt werden sollen, zusätzlich behindert.

Im übrigen müßte eine Abwanderung des Verkehrs von den Autobahnen auf gebührenfreie Nebenstraßen unerwünschte Folgen auf Verkehrsfluß und Verkehrssicherheit haben. Dollinger wörtlich: „Die Bundesregierung wird sich verstärkt auf bilateraler und multilateraler Ebene für den Abbau von Straßenverkehrsabgaben in Europa und für eine gegenseitige und kostenlose ungehinderte Nutzung der Transitwege einsetzen. Ziel aller Verhandlungen muß es sein, einen möglichst freizügigen Verkehrsablauf in Europa zu schaffen, der sich ungestört von unnötigen Zollkontrollen, Mautgebühren oder Straßenverkehrsabgaben frei entfalten kann“.

Unerträgliche Grenzblockaden beseitigen

Als „unerträglich“ bezeichnete der CDU-Europaparlamentarier Kai-Uwe von Hassel die gegenwärtigen Grenzblockaden in Frankreich und an der Brenner-Autobahn. Diese Blockaden hätten, so von Hassel, tiefgreifende wirtschaftliche und finanzielle Belastungen sowie große persönliche Ärgernisse zur Folge.

Zusammen mit dem CSU-Europaabgeord-

neten Reinhold Bocklet forderte von Has- sel die verschiedenen Instanzen der Euro- päischen Gemeinschaft auf, so schnell wie möglich für eine Beseitigung der Behinde- rung zu sorgen und auf die Mitgliedstaa- ten einzuwirken, in solchen Fällen die Grenzen ohne jegliche Kontrollen freizu- halten.

Bocklet verwies noch auf die europapoli- tisch verheerenden Wirkungen der Grenz- behinderungen: „Es ist der alltägliche Frust an solchen Grenzübergängen, der die Begeisterung der Menschen für die europäische Idee kaputtgemacht hat.“

Grundsätze zur europäischen Verkehrspolitik

Der Bundesfachausschuß Verkehrspolitik der CDU fordert in einem Grundsatzpapier zur europäischen Verkehrspolitik die Schaffung leistungsfähiger Verkehrssyste- me im europäischen Verbund. Besonders die Eisenbahnunternehmen werden zu verstärkter Kooperation aufgefordert, um die Chancen der langen Entfernungen im grenzüberschreitenden Verkehr optimal nutzen zu können.

Von einem gemeinsamen europäischen Verkehrsmarkt ist die Europäische Ge- meinschaft noch weit entfernt. Vor dem Hintergrund finanzwirtschaftlicher Eng- pässe, wachsender Umweltgefährdung und dem Zwang zu sparsamerer Energie- verwendung muß die europäische Koope- ration und Integration auf dem Verkehrs- sektor daher mit allem Nachdruck voran- getrieben werden. Der CDU-Bundesfach- ausschuß für Verkehrspolitik hat hierzu in seinen Leitsätzen zur europäischen Ver- kehrspolitik unter anderem folgende For- derungen aufgestellt:

- zeitgleiche Reduzierung der Abgas- grenzwerte für Kraftfahrzeuge in allen Mit- gliedsstaaten ab 1986,
- Abbau entbehrlicher und verkehrs- hemmender Grenzkontrollen,

- Beseitigung der Autobahnbenutzungs- gebühren in einigen Mitgliedsstaaten,
- stärkere Kooperation der europäi- schen Eisenbahnunternehmen im Bereich von Planung, Betrieb und gemeinsamem Marketing,
- Harmonisierung der Wettbewerbsbe- dingungen der europäischen Seehäfen.

Europaprogramm der JU vorgestellt

Im Rahmen einer Pressekonferenz stellte in Bonn der Bundesvorsitzende der Jun- gen Union Deutschlands, Christoph Böhr, das Europaprogramm der Jungen Union vor. Böhr stellte folgende drei Forderun- gen in den Mittelpunkt:

- gemeinsame Außen- und Sicherheits- politik mit dem Ziel einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft,
- zurück zu den Römischen Verträgen, verbunden mit konkreten Verabredungen im Ministerrat über Politikbereiche, in de- nen wieder das Mehrheitsprinzip entschei- den muß, z. B. gemeinsame Umweltpolitik,
- Entbürokratisierung.

Weiterhin sprach sich Böhr für eine Öff- nung der Grenzen, wie es innerhalb der Benelux-Staaten bereits heute gehand- habt wird, aus.

Termine zum Europawahlkampf

Europatag — Mittelstand

Sa. 5. 5. 1984, 11 Uhr; Aachen, Auf dem Katschhof

Internationaler Arbeitnehmerkongreß

Sa. 12. 5. 1984, 10 Uhr; Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

Europa-Festival der Frauen

Sa. 26. 5. 1984, 11 Uhr; Köln, Messehallen

Europa-Festival der Jugend

Do. 13. 5. 1984, 11 Uhr; Saarbrücken, Deutsch-Französischer Garten

Treffen der europäischen Kommunalpolitiker
Sa. 2. 6. 1984, 11 Uhr; Hannover, Eilenriedehalle

■ FAMILIENPOLITIK

Die notwendigen Verbesserungen gibt es nicht zum Nulltarif

Der Beschluß der Bundesregierung, die Stiftung „Mutter und Kind — Zum Schutz des ungeborenen Lebens“ zu gründen, trifft auf eine breite Zustimmung. Zahlreiche katholische und evangelische Bischöfe, die Familienverbände sowie viele Bürger, die um die Not der betroffenen Frauen wissen, haben dies zum Ausdruck gebracht, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler im „Rheinischen Merkur/Christ und Welt“.

Die Höhe der Zahl der Abtreibungen von ca. 180 000 pro Jahr — die Dunkelziffer eingerechnet — zwingen zu schnellem Handeln. In einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark, ist es unververtretbar, daß über 75 Prozent der Abtreibungen mit einer Notlage begründet werden. Finanzielle Gründe dürfen bei uns nicht die Ursache für die Vernichtung werdenden Lebens sein. Deshalb muß den Frauen geholfen werden.

Die Pflichten und insbesondere die finanziellen Belastungen, die eine Schwangerschaft mit sich bringt, dürfen nicht allein der schwangeren Frau aufgebürdet werden. Die Frauen müssen die Gewißheit haben, daß sie dem Kind, das sie zur Welt bringen, Geborgenheit und Sicherheit bieten können. Dazu bedarf es sozialer Hilfen, vor, während und nach der Geburt.

Die Stiftung „Mutter und Kind — Zum Schutz des ungeborenen Lebens“ ist ein erster Schritt und soll werdenden Müttern

schnell und unbürokratisch helfen. Dafür stehen im Bundeshaushalt 1984 erstmals 25 Millionen Mark und ab 1. Januar 1985 fortlaufend 50 Millionen Mark jährlich zur Verfügung. Diese Maßnahme bleibe aber ein Torso, wenn das Mutterschaftsgeld nur wie bisher vier Monate lang gezahlt würde und das auch nur an die berufstätigen Frauen. Dieses Zweiklassenrecht wird noch in dieser Legislaturperiode beseitigt und das Mutterschaftsgeld auf alle Mütter ausgedehnt.

Die neue Bundesstiftung kann die Situation von Müttern mit Kindern entscheidend verbessern, wenn das Mutterschaftsgeld zukünftig ein ganzes Jahr lang bezahlt wird. Ich halte dies auch deshalb für notwendig, weil vor allem junge Familien unsere besondere Hilfe brauchen. Sie haben zu dritt oft die Hälfte weniger Geld bei gestiegenen Ausgaben als vorher zu zweit, wenn sich ein Elternteil entscheidet, beim Kind zu bleiben.

In den vergangenen 15 Jahren ist keine Bevölkerungsgruppe so benachteiligt worden wie die Familie mit Kindern. Dies führt zu schwerwiegenden Folgen. Die Bundesrepublik Deutschland ist seit Jahren das Land mit dem höchsten Geburtenfazit auf der Welt. Hinzu kommen 180 000 Abtreibungen im Jahr, wobei in dieser Zahl die geschätzte Dunkelziffer eingeschlossen ist. Gleichzeitig werden jährlich mehr als 100 000 Ehen geschieden, d. h., auf jede dritte Eheschließung kommt heute eine Scheidung mit ungefähr jährlich 100 000 Scheidungswaisen. Dies kann so nicht weitergehen. Wir brauchen

Kroll-Schlüter: Union muß Partei der Familie bleiben

Die Geburtenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland nehmen weiter ab. Mit 593 000 Geburten wurde das Ergebnis von 1982 um vier Prozent verfehlt. „Das ist eine bedenkliche Entwicklung“, erklärte dazu Hermann Kroll-Schlüter, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Familienpolitische Initiativen dulden nun keinen Aufschub mehr“, verlangte Kroll-Schlüter.

Entscheidend sei, daß die Union als Partei der Familie glaubwürdig bleibe und ihre Ziele mit mehr moralischem Elan und klaren finanziellen Prioritäten vertrete. Zur Förderung der Familie gehöre nicht nur ein besonderer Familienlastenausgleich, sondern auch eine deutliche, berufliche, soziale und kulturelle Perspektive. Kroll-Schlüter: „Erst dann kann wieder deutlich werden, daß Kinder auch Glück bedeuten können.“

endlich wieder ein familienfreundliches Klima in der Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich ist dies nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der geistigen und gesellschaftlichen Aufwertung der Familie als der wichtigsten Gemeinschaft in unserer Gesellschaft. Auf der anderen Seite ist der finanzielle Rahmen des Familienlastenausgleichs auch ein Ausdruck dafür, inwieweit Bundesregierung und Parlament die Rolle und die Aufgabe der Familie richtig einschätzen. Wer einer Reform des Familienlastenausgleichs das Wort redet und dafür aber kein Geld ausgeben will, kann sich programmatische Aussagen sparen. Die notwendige Verbesserung der Familienpolitik gibt es nicht zum Nulltarif. Die Reform des Familienlastenausgleichs muß mindestens drei Punkte umfassen:

1. Wer Kinder hat, soll in Zukunft weniger Steuern bezahlen als diejenigen, die keine Kinder haben. Dies ist in der Koalitionsvereinbarung so beschlossen und in der Regierungserklärung bekräftigt worden. Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen wie z. B. in der Tarifreform, in der Lohn- und Einkommensteuer gibt es für dieses familienpolitische Ziel keinen Finanzvorbehalt, d. h., diese Maßnahme hat Priorität vor anderen Entscheidungen.

2. Für diejenigen Familien, die wegen ihres geringen Einkommens keine Steuerentlastung erhalten, muß das Kindergeld erhöht werden;

3. brauchen wir eine Verbesserung für die jungen Familien.

Diese neuen Maßnahmen der Familienförderung kosten mindestens 6 bis 8 Milliarden DM. Aber sie können nach meiner Auffassung solide finanziert werden. Investitionen in die Familie sind Investitionen in die Zukunft. Ein Land mit immer weniger Kindern hat keine Zukunft, und ein Staat, der bei den Familien spart, sät am eigenen Ast.

Eigenkapitalhilfe stark gefragt

Das Eigenkapitalhilfeprogramm des Bundes erweist sich insbesondere in Baden-Württemberg als Renner. Bundesweit wurden 1983 Zusagen in Höhe von 367,4 Millionen Mark für 7 557 Existenzgründungen gegeben (1982: 95 Millionen Mark für 3 000 Gründungen). Davon entfielen 71,9 Millionen Mark oder 19,6 Prozent der Mittel auf 1 478 Existenzgründungen in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg liegt damit nach Fördervolumen und Anzahl der Gründungen an zweiter Stelle nach dem flächenmäßig wesentlich größeren Nordrhein-Westfalen. Mit einem Fördervolumen von 153,8 Millionen Mark oder 41,9 Prozent des gesamten Programms liegt das Handwerk weit an der Spitze der geförderten Existenzgründungen.

■ STÄDTEPARTNERSCHAFTEN

Die DDR blockt weiter ab

Leider muß dem Leiter der Ständigen DDR-Vertretung in Bonn — Ewald Moldt — zugestimmt werden, wenn er feststellt: Für den Abschluß von Städtepartnerschaften zwischen Orten in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR fehlen die entscheidenden Voraussetzungen.

Ein bundesdeutscher Kommunalpolitiker hatte angefragt bei Herrn Moldt und erhielt die abschlägige Antwort, er sehe derzeit keinen Anlaß, Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland zu fördern. Traurig, aber wahr; dies ist auch deutsche Wirklichkeit, stellte Adolf Herkenrath, Hauptgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU, fest.

An den Kommunen der Bundesrepublik liegt dies nicht. Wer heute durch viele Länder Europas fährt, findet an den Ortsausgängen zahlreiche Hinweisschilder auf andere europäische Kommunen, sichtbare Zeichen dafür, daß Städtepartnerschaften anerkannter Bestandteil kommunaler Beziehungen geworden sind. Über 2000 Partnerschaften werden zwischen deutschen Kommunen und anderen Städten und Gemeinden gepflegt. Von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist diese Entwicklung begrüßt worden, und die Kommunalpolitiker werden ermuntert, auf diesem Wege, der auch ein wichtiges Stück europäischer Bewußtseinsbildung bedeutet, weiterzumachen.

Zur lebendigen kommunalen Partnerschaft gehört ganz besonders:

— daß ein möglichst großer Bevölke-

rungskreis mit allen gesellschaftlichen, sozialen und politischen Gruppierungen einbezogen und aktiv beteiligt ist;

— daß weitgehende bürgerschaftliche Mitarbeit im Rahmen der kommunalen Partnerschaft gefördert wird und viele mitbürgerliche Gruppen sich beteiligen können;

— freie Berichterstattung, sich frei zwischen den Kommunen bewegen können, freie Meinungsäußerung und ungehinderter Austausch zwischen Vereinen und Gruppen.

Wen verwundert es, daß die Offiziellen der DDR dies nicht fördern können. Die Kommunalpolitiker der Bundesrepublik Deutschland aber sind aufgefordert, nicht zu ermüden im Ausbau bestehender Kontakte und Beziehungen, auch wenn sie noch so klein beginnen. Man sollte keine Möglichkeit zu Kontakten zwischen den Menschen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR auslassen. Dies kann geschehen z. B. an der Grenze, durch Fahrten in die DDR, durch den Sport, auf dem Wege kultureller Beziehungen, zwischen den Kirchen und bei Treffen auf kommunalen internationalen Veranstaltungen.

Der Wunsch vieler bundesdeutscher Kommunalpolitiker nach Abschluß einer Partnerschaft mit einer Gemeinde in der DDR trifft „drüben“ nicht auf offizielle Gegenliebe.

So bleibt, daß unsere deutschen Mitbürger hüben und drüben sich wünschen, es wäre anders. — Vielleicht kann beim Treffen Kohl—Honecker auch darüber gesprochen werden.

■ CDU HAMBURG

Mitgliederzahl um 10 Prozent gesteigert

Großartiger Vertrauensbeweis für Hamburgs CDU-Chef Jürgen Echternach: Beim Parteitag seines Landesverbandes am vergangenen Wochenende wurde der 46jährige Politiker mit 80 Prozent der Stimmen — 206 von 239 — in seinem Amt bestätigt, das er bereits seit zehn Jahren innehat. Und auch Dirk Fischer, Bundestagsabgeordneter, sowie die Bürgerschaftsabgeordneten Ove Franz und Hans-Georg Kuhn konnten sich unangefochten als stellvertretende Landesvorsitzende behaupten.

In einem ausführlichen Rechenschaftsbericht hatte Jürgen Echternach zu Beginn des Landesparteitages auf eine stolze Bilanz der vergangenen zwei Jahre verweisen können: Überdurchschnittlich stark ist die Zahl der Mitglieder gestiegen — um zehn Prozent auf heute rund 15000.

In drei Wahlkämpfen hat die Hamburger CDU große Erfolge erringen können — zuletzt bei der Bundestagswahl, bei der es ihr gelungen war, sogar das bisherige Spitzenergebnis der „Erhard-Wahl“ von 1965 zu übertreffen.

Auf die Hamburger Politik eingehend, meinte Echternach, „permanenter Genossenzwist um eine rotgrüne, marxistische oder Godesberger Parteilinie“ verhindere tatkräftiges Handeln für Hamburg. Weil ihr eine klare politische Perspektive fehle, könne die SPD den Bürgern keine klaren Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit geben. Zwar habe Bürgermei-

ster von Dohnanyi vor einem Jahr „Besserung und einen neuen Aufbruch“ versprochen, geändert aber habe sich nichts. Weiter halte die SPD an alten Dogmen fest, ihre Kraft verzehre sich in innerparteilichen Flügelkämpfen.

Der SPD-Senat müsse endlich begreifen, daß er die schweren wirtschaftlichen Strukturprobleme Hamburgs nicht aus eigener Kraft und gegen die Bundesregierung lösen könne. Solange der Senat abseits stehe, müsse die Hamburger CDU und müßten vor allem die Bundestagsabgeordneten dafür wirken, daß Hamburgs Belange in der Bonner Regierungspolitik berücksichtigt würden. Mit der starken Erhöhung der Hilfen für die Werften, Schifffahrt und die Fischerei, mit dem jüngsten Beschluß der Bundesregierung, 1,5 Milliarden DM für die Fortsetzung des Airbus-Programmes zu bewilligen, und mit dem Milliardenforschungsprojekt HERA sei das bereits gelungen, unterstrich Echternach.

Insbesondere wies der alte und neue Landesvorsitzende auf die Aufgabe, Politik für die Zukunft zu gestalten, hin. Die CDU habe deshalb die Arbeiten für ein Programm unter dem Titel „Hamburg 1990“ aufgenommen, mit dem rechtzeitig die politischen Weichen für eine sichere Zukunft der Stadt und ihrer Menschen gestellt werden sollten. Mit dieser in dieser Form bisher einzigartigen Arbeit beweise die CDU ihre Offenheit und Sensibilität für neue Fragen und die Fähigkeit, auch darauf antworten zu können. Gegenüber einem Senat, der in platter Tagespolitik und Parteiquerelen steckenbleibe und nicht die Kraft für eine neue Zukunftsorientierung aufbringe, zeige die Hamburger CDU, daß sie eine moderne, problembewußte und zukunfts offene Hamburg-Partei sei.

Zur Sache:

Wir stoppen die Bürokratie

Die Regierung Helmut Kohl hat der Bürokratie den Kampf angesagt. Neue Gesetze wird es nur noch geben, wenn sie tatsächlich notwendig sind. Die Flut der Gesetze und Verordnungen wird rigoros eingedämmt werden.

Wer heute ein Haus mit Ladengeschäft bauen will, muß 80 verschiedene Gesetze und rund 750 Einzelbestimmungen beachten. **Künftig wird die Hälfte der heute noch geltenden Vorschriften im Baurecht entfallen.**

Wer mit öffentlichen Stellen zu tun hat, muß oft von Amt zu Amt laufen. **Künftig werden Verwaltungsleistungen „aus einer Hand“ möglich sein.**

Im Wirtschaftsrecht gibt es zahlreiche **Verordnungen, die mehr behindern als fördern.**

Die CDU ist angetreten, dem Bürger mehr Freiheit und nicht mehr Staat zu bringen. Die mündigen Bürger können wieder mehr Selbstverantwortung übernehmen. Wir vertrauen auf den Bürgersinn.

Sie werden ersatzlos gestrichen. Meldepflichten und Rabattbeschränkungen werden abgeschafft. Sonderverkaufszeiten sollen nicht mehr kleinteilig begrenzt werden.

Die Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft sind zu einem undurchdringlichen Dschungel geworden. **Die Bundesregierung hat Leitlinien entwickelt, mit denen dieser Dschungel gründlich durchforstet werden soll: Europas Einigung darf nicht in den Mühlen der Bürokratie zerbröseln.**

Der Kampf gegen die Bürokratie ist eine Daueraufgabe. **Wir wollen, daß die Gesetze nicht gegen die Bürger, sondern zugunsten der Bürger angewendet werden.**

CDU
II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Im Gegenwind

Die Einzelgewerkschaften des DGB beklagen — nur drei der 17 sind davon ausgenommen — einen mehr oder weniger drastischen Mitgliederschwund. Insgesamt verlor der DGB 1983 etwa 100 000 Mitglieder. Bei einem Stand von knapp acht Millionen bedeutet das noch nicht die galoppierende Schwindsucht. Doch gut 40 Prozent des Gesamtverlustes treffen allein die IG Metall, und das will etwas heißen.

Mit einer Erklärung ist man schnell bei der Hand. Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und die Arbeitslosigkeit seien die Hauptursachen. So mag sich das in der Sicht von Gewerkschaftern ausnehmen, die in den achtziger Jahren die Arbeitslosigkeit mit ganz ähnlichen Hilfsprogrammen wie in den frühen dreißiger Jahren bekämpfen wollen. Heißt das: nichts dazugelernt? Auf die Idee, sich in kritischer Selbstprüfung zu fragen, welchen Beitrag zur Arbeitslosigkeit man selbst geleistet habe, kommen die Gewerkschaften gemeinhin nicht.

Die Welt, 23. Februar 1984

★

Unbestreitbar macht das Arbeitslosenproblem

den Gewerkschaften erheblich zu schaffen. Die Fähigkeit oder Bereitschaft zur Zahlung von einem Prozent der monatlichen Arbeitslosenunterstützung als Beitrag und damit als Voraussetzung einer weiteren Mitgliedschaft ist nicht gerade ausgeprägt. Außerdem haben die Organisationen mit unübersehbaren Entsolidarisierungserscheinungen zwischen Beschäftigten und Beschäftigungslosen zu kämpfen. Die weitgehend erfolglose Bemühung, den Abgang durch eine Steigerung des Organisationsgrades wettzumachen, führt vor allem der Chefideologie der IG Metall, Steinkühler, nahezu unbedenklich als Argument für eine radikale Änderung gewerkschaftlicher Politik ins Feld. Vernunftbetonte Tarifabschlüsse der Vergangenheit deutet er als Zeichen der Schwäche und als Ursache für die mit etwa 55 Prozent der Metall-Beschäftigten immer noch äußerst unbefriedigende Organisationsbereitschaft der Arbeitnehmer.

Auf diese Weise hat sich unversehens ein grundlegender Wandel im Selbstverständnis gewerkschaftlichen Handelns vollzogen. Nicht nur bei der IG Metall ist das Wort vom gesellschaftlichen Kompromiß nicht mehr salonfähig. Tarifkonflikte werden zu Auseinandersetzungen um Sein oder Nichtsein der Arbeitnehmerbewegung hochstilisiert, Auseinandersetzungen in der Sache der Vernunft entkleidet, willkürlich politisiert. Rheinische Post, 23. Februar 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann, 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

U+D